

KONJUNKTURPAKET II

Freie fordern Geld für Staatsstraße

Auch Murnau möchte vom Konjunkturpaket II profitieren. Während Bürgermeister Michael Rapp (CSU) eine Prioritätenliste prüfen lassen will, haben die Sprecher der Fraktionen schon konkrete Pläne. Einer davon ist die Sanierung der Staatsstraße nach Schwaiganger.

VON CHRISTIAN SCHWEIZER

Murnau – Der mögliche Geldregen aus dem Konjunkturpaket II hatte bei den Parteien verschiedene Begehrlichkeiten geweckt. In zentralen Punkten wie den energetischen Sanierungen scheinen die Politiker nun auf einer Linie zu sein. Scharfe Kritik am Förderprogramm der Bundesregierung kommt dagegen von den Freien Wählern: „Das Ganze ist doch eine Moggelpackung und eine Luftnummer“, sagt Welf Probst. Der Staat werde sich die investierten Gelder zu einem großen Teil über die Einkommensteuer wiederholen.

Eine der wenigen förderungswürdigen Maßnahmen wäre nach Probsts Ansicht die Sanierung der Staatsstraße 2062 in Richtung Schwaiganger. „Im Sommer ist sie immer wieder wegen Hochwasser gesperrt. Eine Baumaßnahme würde darum



Land unter: Damit die Staatsstraße Richtung Schwaiganger künftig nicht mehr überschwemmt wird – wie hier zu Pfingsten 1999 –, soll sie mit Bundesmitteln ausgebaut werden, fordert Welf Probst (Freie Wähler).

FOTO: HERPEN/ARCHIV

nicht nur zur Tourismus-, sondern auch zur Wirtschaftsförderung beitragen“, findet er. Probst erhofft sich von der Gemeinde einen Vorstoß in diese Richtung. Die Staatsstraßen stünden zwar unter der Verwaltung des Freistaats – Murnau könne aber Sanierungsbedarf anmelden.

Zustimmung in allen Parteien gab es für die energetischen Sanierungen von Schulen und öffentlichen Gebäuden. „Diese Projekte scheinen die meisten Aussichten auf Förderungen zu haben“, schätzt Josef Bierling von der CSU. Für den SPD-Gemeinderat Michael Manlik wäre außerdem zu überlegen, „ob

die Erweiterung des Schloßmuseums teilweise in die Förderungskriterien fällt“.

Auch für Holger Poczka (ÖDP/Bürgerforum) liegt der Schwerpunkt des Konjunkturpakets auf der energetischen Modernisierung der gemeindlichen Bauten. Aus seiner Sicht muss gerade im Zusammenhang mit der viel dis-

kutierten Kooperationsschule geprüft werden, ob eine „bauliche Erweiterung der Hauptschule förderfähig wäre“. Poczka warnt jedoch davor, das Angebot der Bundesregierung nur als „Entlastung der kommunalen Haushalte zu sehen“. Im gleichen Atemzug mahnt er, nur geeignete Projekte anzumelden: „Jeder sinn-

volle Antrag, der nicht gestellt wird, bedeutet eine unterlassene Hilfestellung für unsere kommunale Wirtschaft.“

Bürgermeister Michael Rapp (CSU) erteilte einer übereilten Antragsstellung eine klare Absage. „Wir müssen den Leuten die Illusion nehmen, dass durch das Förderprogramm zeitaufwändige Projekte schnell durchgezogen werden können.“ Es gelte vielmehr, eine durchdachte Prioritätenliste zu erstellen und diese dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen.

Verwirrung hatte es um den Internet-Auftritt der Marktgemeinde gegeben: Auf der Homepage wurde der Haushaltsplan 2009 bereits veröffentlicht. Doch der Jahresetat war wegen des Konjunkturprogramms zuletzt „auf Eis“ gelegt worden (wir berichteten). Das war wegen der speziellen Vorgaben für das Förderprogramm nötig, die besagen, dass kein Projekt unterstützt werden darf, das bereits im Haushalt steht. „Ich weiß auch nicht, warum der Plan im Internet zu finden ist“, rätseelte Gemeinderat Probst. Aufklärung kam vom Kämmerer der Marktgemeinde Hubert Süß: „Der Etat wurde noch von der Rechtsabteilung geprüft und offiziell freigegeben. Damit ist er rechtlich abgesichert, und wir konnten ihn veröffentlichen.“ Süß betont, dass am Ende keine Projekte wegen des Förderprogramms gestrichen wurden.